

# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Mindestlohn-Initiative 4-5

Die produzierende Landwirtschaft nähme grossen Schaden.

**Lohndiktat**

**Vernichtet Arbeitsplätze. NEIN**

ZUM SCHÄDLICHEN MINDESTLOHN

www.mindestlohn-nein.ch

## Masseneinwanderung 8-9

Jetzt hat der Bundesrat umzusetzen.



## Gripen-Abstimmung 12-13

Eine sichere Schweiz braucht eine starke Luftwaffe.

**Sicherheit zuerst!**

am 18. Mai gripen-ja.ch

**zum Gripen**



**MEHR ALS EINE DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG  
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten  
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

# Interessenwahrung statt Selbstaufgabe



## Bundesrat und Parlament haben sich an Eid oder Gelübde zu halten.

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Seine Gestaltungsfreiheit ist einzig durch das zwingende Völkerrecht beschränkt. Das Schweizer Volk und dessen gewählte Vertreter führen die Aufsicht über die

Ausübung der Aussenpolitik durch den Bundesrat. Der Bundesrat wie die Bundesparlamentarier verpflichten sich mit ihrem Eid oder Gelübde, sich an Verfassung und Gesetze zu halten. Diese Verfassung beauftragt Bundesrat und Parlament mit «Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz». Die ständige, schleichende Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität der letzten zwei Jahrzehnte widerspricht dem verfassungsmässigen Auftrag unserer Aussenpolitik. Dasselbe gilt für Verträge, die der Schweiz unzumutbare Nachteile aufbürden.

## 2 Editorial

### Die SVP in den Schweizer Medien im Februar 2014



### Das Wort des Parteipräsidenten

#### Danke! – Den Schwung jetzt mitnehmen.



**Die Masseneinwanderungsinitiative der SVP ist heute Verfassungsgrundlage.** Sowohl das Volk, wie die grosse Mehrheit der Kantone haben unserer Initiative zugestimmt. Ein grossartiger Erfolg gegen die Widerstände aller anderen Parteien, des Bundesrates, der Verwaltung, aller Verbände und Gewerkschaften. **An dieser Stelle danke ich allen unseren Mitgliedern und Mitstreitern für den grossartigen Einsatz.**

Weit über unsere eigene Partei hinaus teilt man mit uns die Meinung, dass die Schweiz künftig wieder selber bestimmen soll, welche Ausländer für wie lange in unser Land einwandern dürfen. Nun wartet allerdings die grösste aller Aufgaben auf uns. Wir müssen dem Bundesrat, der Verwaltung und dem Parlament auf die Finger schauen, damit die neue Verfassungsbestimmung auch tatsächlich umgesetzt wird.

Am 18. Mai gelangen mehrere Vorlagen zur Abstimmung, bei denen die SVP als federführende Partei in der Verantwortung steht.

#### Gripen-Fondsgesetz

Zum einen geht es um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für die Schweizer Armee. Und damit um eine ganz grundlegende Frage. Soll die Verteidigungsbereitschaft wieder hergestellt werden und damit der Wille für eine starke Landesverteidigung unterstrichen werden, oder soll das Volk der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) folgen und unsere Armee Stück für Stück abschaffen? Die Kosten für die 22 Kampfflugzeuge des Typs Gripen sind mit rund 3 Milliarden Franken nicht höher, als was uns die Entwicklungshilfe in einem einzigen Jahr kostet. Soviel sollte uns die Sicherheit für die nächsten 30 Jahre eigentlich noch Wert sein! Darum **JA zum Gripen-Kauf.**

#### Mindestlohn-Initiative

Die Gewerkschaften und die SP wollen in der Bundesverfassung einen Mindestlohn von 4000.- Franken festschreiben. Dass damit eine neuerliche Zuwanderungswelle ausgelöst würde, scheint die Linken nicht zu kümmern. Ungelernte Zuwanderer aus dem Ausland hätten damit denselben Einstiegslohn wie ein junger Schweizer, der vier Jahre lang eine Berufslehre gemacht hat. Darauf gibt es nur eine Antwort. **NEIN zur Mindestlohninitiative.**

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

# Die Schweiz bleibt die Schweiz

**Der letzte Sonntag war ein guter Tag für die Schweiz und für Europa. Es ging nicht in erster Linie um Ausländer und Zuwanderung, sondern um Souveränität und Selbstbestimmung. Die Gehässigkeiten aus Brüssel sollten die Schweizer nicht persönlich nehmen.** *Auszug aus Weltwoche vom 13. Februar / Editorial von Roger Köppel*

Nein, am letzten Wochenende wurde in der Schweiz nicht in erster Linie über «Ausländer» abgestimmt. Es war auch kein Votum gegen Deutsche oder gegen Zuwanderung. Das überraschend solide Stände- und sogar Volksmehr zugunsten der Masseneinwanderungsinitiative bedeutet nicht, dass sich die Schweiz abschotten, «Rosinen picken» oder aus der europäischen Kontinentalplatte herauslösen will.

Wir haben es auch nicht mit «Spinnerei», «Verblödung» oder einem «verfassungsmässig garantierten Recht auf Dummheit» zu tun, wie diese Woche ein Korrespondent des deutschen Staatsfernsehens nicht sonderlich intelligent bemerkte. Die meisten ausländischen Journalisten, Politiker, Meinungsmacher, EU-Funktionäre und Vertreter der Elite sehen es falsch. Auch erstaunlich viele Schweizer Kommentatoren erliegen in ihrer Fixierung auf das emotionale Thema der Zuwanderung einem Irrtum. Das ist nicht der entscheidende Punkt.

## Es geht um Selbstbestimmung

Das Votum vom letzten Sonntag ist nicht deshalb wegweisend, weil der Bundesrat beauftragt wurde, Kontingente zur Drosselung der Einwanderung zu entwickeln. Das machen andere Staaten seit Jahrzehnten. Nicht die Kontrolle, die Nichtkontrolle der Zuwanderung durch Freizügigkeit ist die weltweite Ausnahme. Die tiefere Bedeutung des Volksentscheids liegt darin, dass die Schweiz gegen massive Behörden-, Verbands- und Medienpropaganda ihren Willen zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bekräftigte.

Die Stimmbürger wollen die Zügel wieder selber in die Hand nehmen. Sie misstrauen den Belehrungen von oben. Konkret empfinden sie

den freien Personenverkehr als untaugliches Verfahren, weil er ihnen das Gefühl vermittelt, nicht mehr Herr zu sein im eigenen Haus. Es so zu sehen, ist weder dramatisch noch unanständig. Es ist naheliegend. Die meisten Leute in Europa denken so, werden aber nicht gefragt. Die Zuwanderung ist nur der äussere Anlass. Im Kern geht es um Souveränität und Demokratie. Die Schweizer wollen selber steuern, was sie betrifft. Die Verflechtungen mit der EU gingen zu weit. Jetzt wird die Schraube etwas zurückgedreht. Zusammenarbeit ja, Verschmelzung nein.

Die Eurokraten reagieren feindselig, gereizt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden als fremdenfeindlich diffamiert, für krankhaft ängstlich erklärt, in die rechte Ecke abgeschoben. So drückt Europa unerwünschte Realitäten weg. Die aggressive Panik bestätigt, was die Schweizer, höflich, wie sie sind, immer dachten, aber selten auszusprechen wagten: Die EU ist ein zutiefst demokratiefeindliches Gebilde mit einer unsympathischen Geringschätzung des Bürgers. Demokratie ist für die EU eine Bedrohung, weil Demokratie bedeutet, dass das Volk der Chef ist und nicht der vom Volk bezahlte Berufspolitiker. Deshalb bezeichnet sich die EU lieber als «Wertegemeinschaft» denn als Demokratie. Werte setzen Wahrheit vor Mehrheit. Wer dauernd von Werten spricht, will die Demokratie beseitigen.

Die Schweiz setzt Mehrheit vor Wahrheit. Das ist Demokratie. Die Schweiz will die Schweiz bleiben. Sie will Handel treiben, offen sein, den Austausch pflegen, aber sie will nicht der EU beitreten oder ihrem kafkaesken, überregulierten Binnenmarkt, nur damit ihre Betriebe ein

paar Formulare weniger ausfüllen müssen, wenn sie in Luxemburg eine Filiale eröffnen wollen. Den Schweizerinnen und Schweizern ist vielleicht gerade in den letzten Jahren klarer geworden, dass es der Schweiz vor allem deshalb so gut geht, weil sie nicht in der EU ist. Ist es ein Wunder, dass die Schweizer nach anfänglicher Bejahung zusehends skeptischer geworden sind gegenüber der auf dem Reissbrett makellos konzipierten Personenfreizügigkeit? Nein. Die Personenfreizügigkeit krankt an den gleichen Schwächen wie der Euro. Einheitswährungen sind die Folge gelungener Staatsgründungen, nicht deren Voraussetzung. Freier Personenverkehr funktioniert innerhalb von Staaten, nicht dazwischen. Öffnet man fahrlässig die Schleusen zwischen armen und reichen Ländern, entsteht ein teures Durcheinander. Es ist ein Wunder, dass sich die Schweiz, nach falschen Versprechungen ihrer Bundesräte allerdings, auf dieses Konzept überhaupt einliess.

## Die Schweiz höhlt sogar ihre Berge aus

Die Schweizer sind nicht krank. Sie misstrauen der EU, weil sie gute Gründe dafür haben. Solange die EU keine klar besseren Alternativen bietet, halten sie am Bewährten fest. Das ist vernünftig und ärgert die EU. Die Eurokraten wissen, dass jedes ablehnende europapolitische Schweizer Votum ihre eigene dürre Rechtfertigungsgrundlage erschüttert. Es könnte ja sein, dass die eigenen Untertanen noch selber auf die Idee kommen könnten, Volksabstimmungen abzuhalten. Es wäre der Untergang der heutigen EU. Deshalb darf die Schweiz die Verteufelungen aus Brüssel nicht persönlich nehmen. Die Beleidigungen drücken Verzweiflung aus. Ihre Absender pfeifen aus dem letzten Loch...

**Lesen Sie das ganze Editorial von Roger Köppel vom 13. Februar 2014 (Weltwoche Nr. 7.14)**

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-07/editorial-die-schweiz-bleibt-die-schweiz-die-weltwoche-ausgabe-072014.html>



**oder bestellen Sie diese Ausgabe der Weltwoche bei**

Weltwoche Verlags AG  
Förrlibuckstrasse 70  
8021 Zürich  
Telefon: 043 444 57 00  
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

## 4 Volksabstimmung vom 18. Mai 2014

# Mindestlohn-Initiative gefährdet Arbeitsplätze

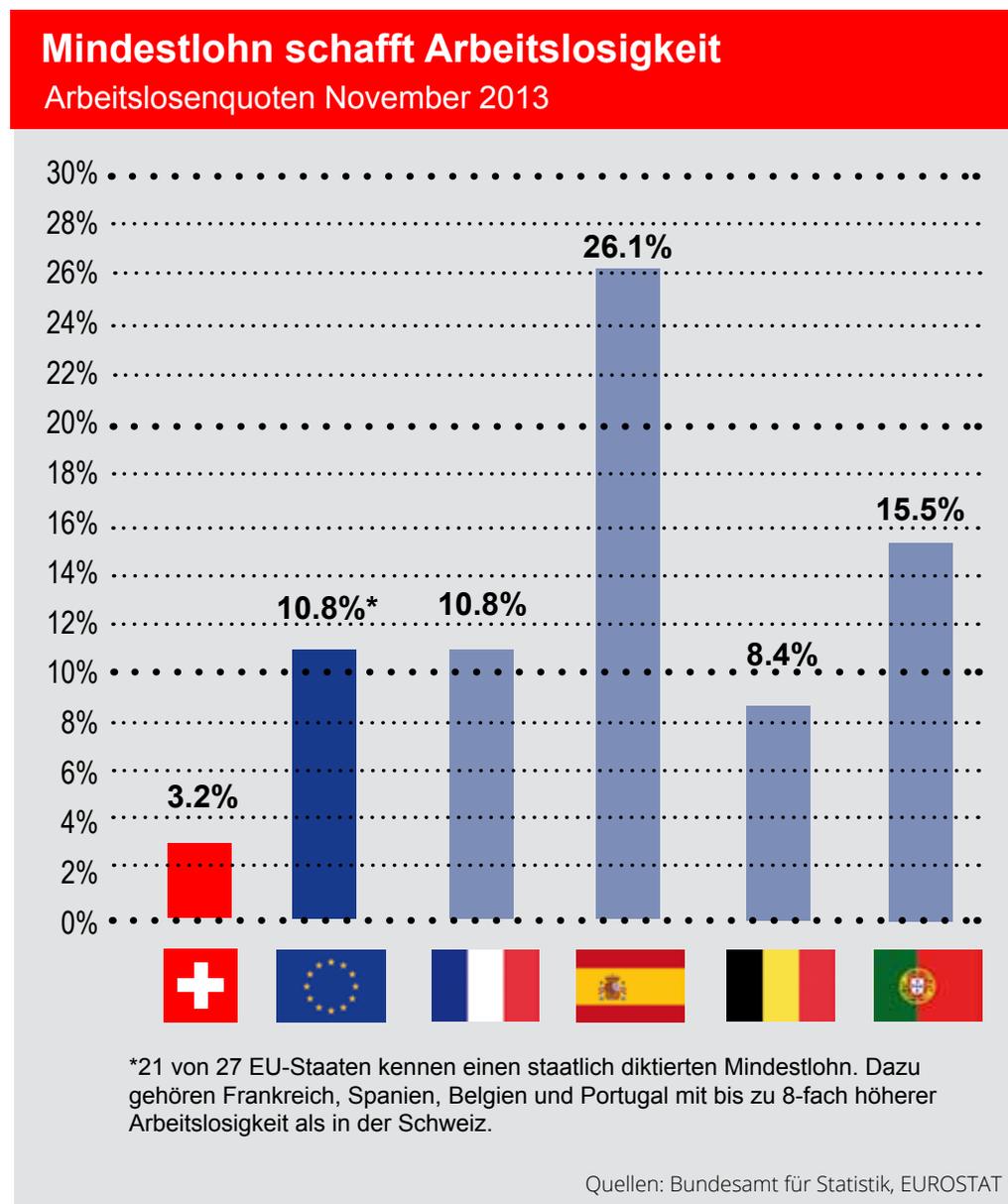
Die Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne“ fordert einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Regionale oder branchenspezifische Kostenunterschiede werden dabei nicht berücksichtigt.

Der Mindestlohn für Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beträgt in den meisten Kantonen 3200 Franken pro Monat. Umgerechnet ergibt dies einen Stundenlohn von 13.40 Franken bei einer Arbeitszeit von 55 Stunden die Woche. Die Differenz zum geforderten Mindestlohn der Initiative beträgt damit fast 9 Franken pro Stunde. Umgerechnet auf den Monat müssten die Landwirte ihren Angestellten einen Lohn von rund 5260 Franken zahlen.

### Unfinanzierbare Lohnkosten

Eine Familienarbeitskraft verdient im Schnitt 3600 Franken pro Monat. Das entspricht einem Stundenlohn von rund 15 Franken. Der geforderte Mindestlohn wäre damit höher als der Verdienst des Landwirts als Selbständigwerbender. Die Betriebe wären gerne bereit höhere Löhne zu bezahlen. Dies würde aber bedingen, dass das landwirtschaftliche Einkommen aus dem Verkauf der Produkte solche auch ermöglichen. Im Moment ist dieses viel zu tief und die Mindestlohn-Initiative für die Landwirtschaft schlicht nicht verkraftbar.

Die Annahme der Initiative würde zu einer Kostenzunahme in der Landwirtschaft um rund 40 Prozent oder rund 450 Millionen pro Jahr führen. Um diese Mehrkosten zu kompensieren, müssten die Preise der Agrarprodukte um rund 4.5 Prozent steigen. Dies ist in der



*Nein zum schädlichen Mindestlohn, der Schwächere aus dem Arbeitsmarkt treibt, Teilzeitjobs verschwinden lässt und den Berufseinstieg für Junge und Frauen nach der Babypause erschwert.*

heutigen Marktsituation unrealistisch. Ohne Kompensation bei den Produktpreisen wäre ein weiterer Einkommensrückgang für die Bauernfamilien von 15 % die Folge.

### Produzierende Landwirtschaft würde geschwächt

Da diese Lohnkosten für die Landwirtschaft nicht tragbar sind, wären Angestellte für die Bauernfamili-



***In der Landwirtschaft würde ein gesetzlicher Mindestlohn zu unfinanzierbaren Lohnkosten führen. Das Resultat wäre ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen.***

en nicht mehr bezahlbar. Als Folge drohten arbeitsintensive Kulturen zu verschwinden, da sie nicht konkurrenzfähig mit dem Ausland wären. Grössere Tierhaltungsbetriebe bekämen (noch mehr) Probleme, der Selbstversorgungsgrad würde weiter sinken, die Arbeitsbelastung für die Landwirte und Bäuerinnen würde noch grösser, die Schwarzarbeit wird

gefördert, um nur einige Auswirkungen zu nennen.

### **Schlecht für die gesamte Volkswirtschaft**

Grundsätzlich profitiert die Schweiz von ihrem liberalen Arbeitsrecht. Die Flexibilität ist unser Vorteil und im Vergleich zum Ausland haben wir eine tiefe Arbeitslosigkeit

und gleichzeitig hohe Löhne. In Ländern mit Mindestlöhnen gilt das Gegenteil: Arbeitsplätze werden ins Ausland ausgelagert oder durch den technologischen Fortschritt ersetzt und die Arbeitslosigkeit steigt.

Die gut funktionierenden Sozialpartnerschaften sind eine der wesentlichen Stärken des Schweizer Wirtschaftsstandortes. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes würde diese Sozialpartnerschaft geschwächt. Schliesslich würde die Aus- und Weiterbildung geschwächt: Je nach Beruf fielen der Anreiz an einer soliden Berufsbildung weg. Gut ausgebildete Mitarbeiter sind aber für den Standort Schweiz wichtig.

Kurz und gut, die Mindestlohninitiative gefährdet Arbeitsplätze und schwächt den Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit qualitativ hochwertigen Produkten.



*von Nationalrat  
Andreas Aebi,  
Alchenstorf (BE)*

## **Lohndiktat**

# **Vernichtet Arbeitsplätze.**



**ZUM SCHÄDLICHEN  
MINDESTLOHN**

[www.mindestlohn-nein.ch](http://www.mindestlohn-nein.ch)

## 6 Lehrplan 21

# Übungsabbruch

Die SVP hat einen Monat nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist zum Lehrplan 21 Bilanz gezogen und fordert den Übungsabbruch dieses zum Scheitern verurteilten Projektes. Die massive Kritik am Lehrplan 21 von Seiten namhafter Bildungswissenschaftler, der Lehrerschaft und deren Verbände, des Gewerbeverbandes sowie die kritischen Reaktionen aus den Kantonen wie z.B. die Ablehnung durch den Kanton Baselland lassen keinen anderen Schluss zu. Ohne eine genügende Akzeptanz können die verfolgten Ziele eines neuen Lehrplans nicht erreicht werden. Der Lehrplan 21 hat sich als zu grosser und umfangreicher Wurf erwiesen, der realistischerweise nicht mehr umsetzbar ist.

Die SVP hat im November 2010 selber einen alternativen Lehrplan 21 vorgelegt und hat sich auch aktiv und konstruktiv in die Diskussion rund um einen Lehrplan einge-

Lehrplan ist nun von den Bildungsdirektoren besonders ernst zu nehmen. Ebenso haben sich nebst dem Gewerbeverband auch die Lehrerverbände inklusive Lehrergruppierungen (z.B. um Alain Pichard)

- Die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) ist aufzulösen. Sie bildet eine Hierarchiestufe zu viel in diesem sonst schon komplexen System der regionalen und nationalen Erziehungskonferenzen



Die SVP fordert an der Pressekonferenz vom 14. Februar die Deutschschweizer Bildungsdirektorenkonferenz zum Marschhalt und Übungsabbruch beim Lehrplan 21 auf.

bracht. Der in die Vernehmlassung gegebene viel zu umfangreiche Lehrplan zeugt von grosser Praxisferne, löst im Bildungswesen extreme Kosten und Reformen aus und beruht auf einer völlig unzulänglichen Kompetenzsystematik. Des Weiteren propagiert der Lehrplan 21 ein pädagogisches Modell, in welchem die Schüler zu Bereitschaften, Haltungen und Einstellungen angeleitet werden sollen, was die Tür für Ideologen in den Schulzimmern weiter öffnet.

Die massive Kritik, auch gerade von wissenschaftlicher Seite, in Bezug auf die Kompetenzsystematik im gesamten

sehr kritisch geäussert. Diesen Stimmen ist jetzt Gehör zu verschaffen. Die politische Verantwortung ist von den Bildungsdirektoren wahrzunehmen und das völlig abgehobene und in der praktischen Umsetzung künftig viel zu teure Projekt ist jetzt abbrechen. Dies gerade auch im Hinblick auf die in vielen Kantonen anstehenden Sparprogramme und immer noch laufenden stetigen Schulreformen. Ebenfalls sind alle Fachbeiräte und sog. Begleit- und Expertengruppen aufzulösen.

### Die Forderungen der SVP :

- Übungsabbruch und Verzicht auf einen Lehrplan 21

- Offenlegung sämtlicher Ausgaben (Vollkosten!) für den bisherigen nicht brauchbaren Lehrplan

- Auflösung des Fachbeirates unter Präsident Prof. Kurt Reusser

- Auflösung der Arbeits-, Begleit- und Expertengruppen

- Kürzung des Budgets der EDK um 20%: Der viel zu grosse Wasserkopf produziert viel zu theoretische Papiere und Projekte (Jahresrechnung 2012: 13 Mio. CHF, davon 7 Mio. CHF Personalaufwand, 43 Vollzeitstellen), die auch in den Kantonen die Bürokratie statt Praxis verstärken.

- Streichung der Bundesbeiträge an die Stiftung education21

Die SVP betont den Grundsatz, dass die Bildungshoheit bei den einzelnen Kantonen liegt. Damit ist auch die demokratische Kontrolle der Bildungspolitik durch die Parlamente und die Bevölkerung gewährleistet. Nur so kann die abgehobene Bildungsbürokratie wirksam eingeschränkt werden.

# Für eine Stärkung der Ernährungssicherheit

**Wir lehnen die Weiterführung der bisherigen Landwirtschaftspolitik ab und kämpfen für eine neue. Der erste Schritt dazu ist die Volksinitiative für Ernährungssicherheit. Mit diesem Volksbegehren sollen Bundesrat Johann Schneider-Ammann und das Parlament zu einer Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik veranlasst werden.**

Seit dem Jahr 2000 sind in der Schweiz weitere 13'962 Landwirtschaftsbetriebe verschwunden und 41'765 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft abgebaut worden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche reduziert sich jährlich um rund 2'000 Hektaren. Das Sektoreinkommen der Landwirtschaft ist von 4,3 Milliarden Franken (1990) auf 2,7 Milliarden (2012) zurückgegangen. Der Schrumpfungsprozess geht unverändert weiter.

Die beschlossene Agrarpolitik (AP) 2014 – 2017 geht in die falsche Richtung. Weniger Ackerbau, weniger Brotgetreide, weniger Zuckerrüben und keine Tierbeiträge. Oder kurz: Die landwirtschaftliche Produktion soll eingeschränkt, die Extensivierung erhöht und die Agrarbürokratie massiv ausgebaut werden.

Aus diesem Grund beschloss unsere Gruppe Graber/Joder gegen die AP 2014 – 2017 das Referendum zu ergreifen. Leider konnten nur 40'000 Unterschriften gesammelt werden. Aber trotz diesem Fehlstart war allen Beteiligten klar, dass die bisherige Landwirtschaftspolitik revidiert und etwas Wirksames getan werden muss. Deshalb entschieden wir uns für die Lancierung einer Volksinitiative.

Nach drei Verhandlungsrunden konnte mit dem Schweizerischen Bauernverband eine Einigung betreffend Verfassungstext erreicht werden. Das Volksbegehren verlangt einen neuen zusätzlichen Art. 104a BV und beinhaltet fünf wesentliche Punkte (*siehe Textfeld rechts*).

Materiell geht es darum zu erreichen, dass der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinkt, genügend landwirtschaft-

**«Das Sektoreinkommen der Landwirtschaft ist von 4,3 Milliarden Franken auf 2,7 Milliarden zurückgegangen.»**

NATIONALRAT RUDOLF JODER

liche Nutzfläche erhalten bleibt, die Produktequalität zu Gunsten der Konsumenten gefördert wird, die Kosten durch eine Reduktion der Agrarbürokratie gesenkt werden.

Die Regelungsdichte in der Landwirtschaft ist massiv zu reduzieren und von planwirtschaftlichen Elementen

zu befreien. Zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Importschutzes wird ergänzend zum Volksbegehren eine parlamentarische Initiative ausgearbeitet und in den eidgenössischen Räten eingereicht.

Es ist an der Zeit, die Schrumpfung in der Landwirtschaft aktiv zu bekämpfen, die Rahmenbedingungen für unsere Bauernschaft im echten Sinn zu verbessern und politisch den Landwirt als produzierenden Unternehmer ins Zentrum zu stellen.



von Nationalrat  
Rudolf Joder, Belp (BE)

 [link www.ernaehrungssicherheit.ch](http://www.ernaehrungssicherheit.ch)

## Eidgenössische Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»

Die Bundesverfassung<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

Art. 104a Ernährungssicherheit

<sup>1</sup>Der Bund stärkt die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion; dazu trifft er wirksame Massnahmen insbesondere gegen den Verlust von Kulturland einschliesslich der Sömmerungsfläche und zur Umsetzung einer Qualitätsstrategie.

<sup>2</sup>Er sorgt dafür, dass der administrative Aufwand in der Landwirtschaft gering ist und die Rechtssicherheit und eine angemessene Investitionssicherheit gewährleistet sind.

Art. 197 Ziff. 11<sup>2</sup>

11. Übergangsbestimmung zu Art. 104a (Ernährungssicherheit)

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung spätestens zwei Jahre nach Annahme von Artikel 104a durch Volk und Stände entsprechende Gesetzesbestimmungen.

<sup>1</sup> SR 101

<sup>2</sup>Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

## 8 Umsetzung der Initiative

# «Die Regierung hat jetzt einen Auftrag des Volkes.»

**INTERVIEW** | Auszug aus dem Interview der Schweiz am Sonntag mit Toni Brunner vom 16.2.2014 in Bezug auf die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative.

### Wie schwer lastet die Verantwortung auf Ihnen?

Toni Brunner: Das Volk und die Mehrheit der Kantone hat dem Bundesrat einen Auftrag erteilt, weil sie kein Vertrauen hatten, dass Regierung und Parlament die Migrationsprobleme lösen. Auf der SVP lastet nicht mehr oder weniger Verantwortung als sonst auch.

### Wäre es Ihnen nicht lieber, die Initiative hätte nur 49,7 Ja-Anteil erreicht?

Nein, dann könnten wir die Zuwanderung auch künftig nicht selber regeln und wären einer unkontrollierten Entwicklung ausgeliefert. Wir haben jetzt den Spiel-

**«Die Drohungen aus Brüssel haben weniger mit der Schweiz zu tun als mit den EU-Parlamentswahlen im Mai.»**

PARTEIPRÄSIDENT TONI BRUNNER

raum zurückerobert, auch gegenüber den EU-Staaten die Zuwanderung wieder eigenständig zu regeln.

### Zum Preis eines Wirtschaftskriegs?

Die Medien, die Wirtschaft und viele Politiker übertreiben. Beschämt schielen einige jetzt ins Ausland und zucken bei jeder Drohung aus der EU zusammen. Die

Drohungen aus Brüssel haben weniger mit der Schweiz zu tun als mit den EU-Parlamentswahlen im Mai.

**Sie unterschätzen das. In Berlin, Paris und Rom nimmt man das Volks-Ja persönlich, weil die Initiative dort als Angriff auf ihre Bürger verstanden wird.**

Und wir nehmen es persönlich, wenn unsere direkte Demokratie nicht ernst genommen wird. Wir haben eine andere Staatsform, sonst hätten wir uns für einen EU-Beitritt entschieden. Die anderen Staaten müssen sich bewusst werden, dass wir einen selbstbestimmten Weg gehen. Man muss die grossen Linien sehen: Das Votum ist Ausdruck der Willensnation Schweiz und steht für die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes.

**Sie glauben immer noch daran, dass die Schweiz über die Personenfreizügigkeit nachverhandeln können?**

Nach der ersten Aufregung wird die EU merken, was sie an der Schweiz hat. Wir hier in der Mitte Europas sind kein Unruheherd, den man mit Finanzspritzen oder Truppen stabilisieren muss. Wir haben nur entschieden, dass wir die Zuwanderung selber steuern wollen, mehr nicht. In einer späteren Phase werden wir in Ruhe mit der EU darüber reden können. Natur-



lich ist so was wie ein Wirtschaftskrieg im Gang. Aber das hat nichts mit der Abstimmung vergangenen Sonntag zu tun. Seit der Finanzkrise wird unser Finanzplatz angegriffen. Nicht nur aus der EU, sondern auch aus den USA.

**Und in dieser Situation will die SVP nachverhandeln? Und trägt für diesen Plan die Verantwortung?**

Die Verantwortung trägt der Bundesrat.



*Die Nationalräte Adrian Amstutz (links) und Toni Brunner (rechts) werden sich ab sofort im Parlament für eine korrekte und vollständige Umsetzung der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung einsetzen.*

Die Regierung hat jetzt einen Auftrag des Volkes. Die SVP bringt sich gerne in einer Arbeitsgruppe des Bundesrats ein.

**Der Vorwurf kursiert, die Initiative habe der Profilierung gedient. Gelte es ernst, gehe die SVP aber in Deckung.**

Das ist billige Polemik unserer politischen Gegner, die nie etwas zur Lösung der Migrationsprobleme beitragen. Wir haben gemerkt, dass wir in Bundesrat und Parla-

ment mit unseren Lösungen nicht weiterkommen. Also sind wir vors Volk. Jetzt ist es keine SVP-Initiative mehr, sondern ein Verfassungsauftrag.

**Und Ueli Maurer ist plötzlich der starke Mann im Bundesrat.**

Das ist richtig, aber nicht neu. Obwohl er allein ist, weil wir ausgegrenzt werden und der SVP eine angemessene Vertretung verweigert wird. Wenn die FDP und andere

jetzt nach der SVP rufen, ist das verlogen. Die SVP wollte mit Christoph Blocher Verantwortung im Bundesrat übernehmen, wurde aber rausgekippt. Auch mit Hilfe von Freisinnigen. CVP-Nationalrat Martin Candinas sagt, Maurer müsse jetzt Aussenminister werden – eine alte Forderung der SVP. Als Ueli Maurer gewählt wurde, haben wir gesagt, er stünde als Aussenminister bereit. Viel wichtiger ist aber, dass die SVP endlich angemessen vertreten ist.

**Maurer sagt, er wäre bereit, in Brüssel zu verhandeln. Begrüssen Sie das?**

Das ist eine organisatorische Frage. Die Departementsverteilung ist klar und damit auch die Arbeitsteilung. Ich staune etwas, dass jetzt offenbar nicht alle ihre Arbeit machen wollen.

**«Die SVP wollte mit Christoph Blocher Verantwortung im Bundesrat übernehmen, wurde aber rausgekippt.»**

PARTEIPRÄSIDENT TONI BRUNNER

**Das ist eine Unterstellung. Aussenminister Didier Burkhalter will seine Arbeit machen.**

Wenn der Aussenminister und Justizministerin Simonetta Sommaruga zum Schluss kommen sollten, dass der Verteidigungsminister in Brüssel verhandeln soll, dann wehren wir uns nicht dagegen. Ich glaube aber nicht, dass das ein sinnvolles Signal an die EU wäre.

**Sie wollen ja nicht nur Kontingente, Sie wollen vor allem weniger Ausländer in der Schweiz. Wie soll das gehen?**

Die Reduktion der Zuwanderung bringen wir hin, wenn wir zum Beispiel wieder vermehrt auf Kurzaufenthalter setzen, die nicht alle Ansprüche an den Sozialstaat haben. Den Familiennachzug restriktiv ausgestalten heisst nicht, dass wir generell Ehegatten und Kinder nicht einwandern lassen. Aber wir wollen zusätzlich nicht noch Schwiegereltern, Eltern, Onkel und Tanten privilegieren.



Mehr Auto fürs Geld  
www.kia.ch

# 4x4 der feinsten Art.

**Sportage**  
2.0 L CVVT Classic man.

Listenpreis CHF 33'950.-  
./ Cash-Bonus CHF 7'000.-

**Nettopreis CHF 26'950.-**

Aktion gültig solange Vorrat, Immatriculation bis 31.5.2014.



## Kia Sportage



The Power to Surprise

Selten hat man ein SUV-Modell so sportlich und elegant erlebt wie den Sportage von Kia. Der markante Kühlergrill unterstreicht die dynamische Formensprache. Der intelligente Dynamax Allradantrieb schaltet automatisch nach Bedarf von 2WD auf 4WD und zurück, seine Motoren sind ebenso kraftvoll wie sparsam.  
**Sportage 2.0 L CVVT 163 PS ab CHF 33'950.-**



Official Partner



Verbrauch gesamt l/100 km (Energieeffizienzklasse, CO<sub>2</sub> g/km) – Durchschnitt aller Neuwagen 148 g/km – **2.0 L CVVT man./aut.** 7,6/8,2 (F/G, 181/195), **2.0 L CRDI man./aut.** 6,0/7,1 (D/F, 156/187). Preisangaben: empfohlene Nettopreise inkl. MwSt. Abgebildetes Modell: Sportage 2.0 L CVVT/CRDI Style (mit Optionen). **0,07%-Leasing:** Berechnungsbeispiel Sportage 2.0 L CVVT Classic man., empfohlener Nettopreis inkl. MwSt. CHF 33'950.-, Kautionszahlung 15% (nicht obligatorisch), Laufzeit 36 Monate, 10'000 km/Jahr, Leasingrate/mtl. CHF 369,05, effektiver Jahreszins 0,07%, Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt.



Kia Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99

# Kinder vor Pädophilen schützen

Wenn ein Straftäter aufgrund eines Sexualdelikts mit Kindern oder abhängigen Personen (z. B. Behinderten) verurteilt worden ist, soll er das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Von Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur (ZH)

Viele Pädophile sind Wiederholungstäter. Darum ist es wichtig, dass diese nicht mehr in die Nähe von Kindern gelangen, sei das im Beruf oder in der Freizeit. Nur so können wir verhindern, dass Pädophile wieder an Schulen, Behinderteninstitutionen oder in Sportvereinen

Schluss lehnte die Mehrheit des Ständerates die Initiative ab, der Nationalrat stimmte jedoch zu.

Die Initiativ-Gegner wollen eine kürzlich verabschiedete Gesetzesrevision betreffend Tätigkeitsverbot als besseren „Gegenvorschlag“ verkaufen, ob-

## Schwammige Begriffe im heutigen Gesetz

Gemäss dem bestehenden Gesetz müssen die Gerichte zudem das Verbot nur für Tätigkeiten aussprechen, die einen regelmässigen Kontakt zu Minderjährigen umfassen. Der Begriff „regelmässig“ schafft Unklarheiten: Erhält der verurteilte Lehrer ein Berufsverbot, weil er die Schüler täglich sieht, vielleicht auch noch der Fussballtrainer, der die Kinder wöchentlich sieht, aber nicht der Theaterleiter, der die Kinder nur einmal im Monat sieht? Darum braucht es die Initiative: Verurteilte Pädophile sollen generell nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen.

## Überparteiliches Komitee

FDP und GLP haben zwar bereits die Nein-Parole gefasst zu dieser Initiative, doch auch in ihren Kreisen gibt es Befürworter. Die Initiative wird von einem breiten, überparteilichen Komitee unterstützt. Dieses setzt sich aus mittlerweile 97 eidgenössischen Parlamentariern aus den Reihen von SVP, FDP, CVP, BDP und Lega zusammen.

Ich bitte Sie, der Initiative am 18. Mai zuzustimmen. Das Berufsverbot für verurteilte Pädophile ist wichtig, um unsere Kinder besser vor Pädophilen zu schützen.

 [link](http://www.kinder-schuetzen.ch) (ab Mitte März)  
[www.kinder-schuetzen.ch](http://www.kinder-schuetzen.ch)

Leider hat das Initiativkomitee, das zum grossen Teil nicht aus Politikern besteht, bislang kaum Mittel, um einen Abstimmungskampf zu führen. Falls Sie bereit sind, einen Beitrag zur Verfügung zu stellen freuen wir uns sehr! Vielen Dank!

Überparteiliches Komitee „Ja zum Berufsverbot für pädophile Straftäter“, 8702 Zollikon

PC-Konto: 89-246868-8 / IBAN CH29 0900 0000 8924 6868 8



*Die Initiative „Ja zum Berufsverbot für pädophile Straftäter“ schützt Kinder und abhängige Personen wirkungsvoll vor verurteilten pädophilen Wiederholungstätern.*

tätig sind. Es ist nicht einzusehen, warum ein solcher Sexualstraftäter nach Verbüsung seiner Strafe eine Tätigkeit in einer Schule oder einem Sportclub ausüben soll. Es gibt genügend andere Berufe.

## Kein Gegenvorschlag

Der Bundesrat lehnt die vorliegende Initiative ab. National- und Ständerat konnten sich nach langen Debatten nicht einigen, verschiedene Gegenvorschläge wurden verworfen. Am

wohl es keiner ist. Das besagte Gesetz geht zu wenig weit: Es sieht lediglich ein 10-jähriges Berufsverbot vor, und dies auch nur, wenn der Täter zu einer Mindeststrafe von sechs Monaten, zu 180 Tagessätzen (bei einer Geldstrafe) oder einer therapeutischen Massnahme verurteilt wurde. Die Initiative hingegen ist klar formuliert: Alle Täter, die wegen eines Sexualdelikts an Minderjährigen oder Abhängigen verurteilt wurden, erhalten ein lebenslanges Tätigkeitsverbot.

# 12 Nein zur Entwaffnung der Armee

## Ja zu Souveränität, Sicherheit und Wohlstand

Die Schweizer Bevölkerung hat bei Abstimmungen immer zugunsten der Armee entschieden. Das wissen auch die Armeegegner. Deshalb stellen sie die Landesverteidigung nicht direkt in Frage. Sie versuchen stattdessen, diese auf Umwegen zu schwächen, bis sie ihre Glaubwürdigkeit verloren hat.

Von Bundesrat Ueli Maurer, Chef des VBS, Hinwil (ZH)

So versuchten die Armeegegner letztes Jahr, die Wehrpflicht abzuschaffen. Das Volk durchschaute die versteckte Absicht und hat mit 73.2%

**«Kampfflugzeuge sind ein wesentliches Element jeder Armee. Fehlt dieses Element, verliert die ganze Armee ihre Einsatzfähigkeit.»**

BUNDESRAT UELI MAURER

der Stimmen die Initiative wuchtig verworfen. Jetzt versuchen es die selben Kreise erneut: Sie wollen den Gripen verhindern, weil sie so unsere Landesverteidigung treffen können.

Wer nicht zugeben will, dass er gegen die Armee ist, der sagt, der

Flieger sei zu teuer, es sei die falsche Typenwahl oder wir bräuchten überhaupt keinen neuen Kampfjet... Alle Einwände gehen aber daneben.

### Günstigstes und bestes Flugzeug

Der Gripen wurde in einem langen, sorgfältigen Verfahren ausgewählt und überzeugt sowohl durch den Preis wie auch durch die Leistung. Verglichen mit Konkurrenzprodukten ist er deutlich günstiger. Wir brauchen als neutrales Land ja keinen Jet, mit dem man irgendwo auf der Welt einen Bombenkrieg führen kann – wir brauchen ein leistungsstarkes Flugzeug, das unserem Land für alle denkbaren Bedrohungen einen sicheren Schirm gibt. Dafür ist der Gripen perfekt geeignet.

### Ohne Luftwaffe keine Armee

Absolut verantwortungslos ist die Behauptung, es sei nicht nötig, dass die Schweiz die alten Tiger ersetze. Das heisst, man zwingt unsere Piloten, mit veralteten Maschinen in den Einsatz zu gehen. Damit schickt man nicht nur die Piloten auf ein Himmelfahrtskommando, sondern bezahlt in einem Ernstfall mit toten oder verletzten Soldaten und Zivilisten auch am Boden.

Wie wichtig die Luftwaffe ist, haben uns alle Konflikte der letzten Jahre immer wieder gezeigt. Kampfflugzeuge sind ein wesentliches Element jeder Armee. Fehlt dieses Element, verliert die ganze Armee ihre Einsatzfähigkeit.

# Sicherheit zuerst!



am 18. Mai  
[gripen-ja.ch](http://gripen-ja.ch)

## zum Gripen



*Ein Blick in die Welt zeigt, dass die globale Unsicherheit zugenommen hat. Umso mehr braucht die Schweiz eine glaubwürdige Armee, welche auch den Luftraum schützen kann. Deshalb JA zum Gripen-Fonds-Gesetz.*

Niemand kann verantworten, im Ernstfall Soldaten ohne modernen Luftschirm in den Einsatz zu schicken.

**«Wenn unserer Armee die zeitgemässe Ausrüstung verweigert wird, ist das letztlich nichts anderes als eine getarnte Armeeabschaffung in Raten.»**

BUNDESRAT UELI MAURER

### Für eine souveräne Schweiz

Wenn unserer Armee die zeitgemässe Ausrüstung verweigert wird, ist das letztlich nichts anderes als eine getarnte Armeeabschaffung in Raten. Und das ist genau das, was die Armeegegner wollen.

Wir stimmen somit nur vordergründig über den Gripen ab. In Wirklichkeit geht

es darum, ob wir eine einsatzfähige Armee wollen oder nicht. Wir stehen vor dem Entscheid, ob unser Land die Fähigkeit behalten kann, weiterhin unsere Sicherheit und Souveränität zu bewahren. Oder anders gesagt: Es ist die Wahl zwischen

Selbstbehauptung und Selbstaufgabe.

Auf längere Sicht hängt davon alles ab, was uns wichtig ist: Unsere Freiheit, unsere Lebensqualität und nicht zuletzt auch unser Wohlstand.



**SVP-Hit** Wintersaison 2013/14  
**Wellness + Skiferien**  
**ab Fr. 60.- pro Pers.**

Übernachtungen / Frühstück im DZ, inkl. Benützung Wellnesscenter  
 Gültig vom 13. Dezember 2013 bis 24. April 2014 (Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen)  
 Spezialpreis nur gültig mit diesem Talaon / egal wieviele Nächte ausschneiden - buchen - anreisen - genießen

**ALETSCHARENA**  
  
**Alpenblick**  
 Fam. Holzer, 3984 Fieschertal  
 Tel. 027 970 16 60  
 info@hotelalpenblick.ch  
 www.hotelalpenblick.ch

**GOAL GLOSSAR**  
  
**Rhetorik**  
 <griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

**Rhetorik**  
 Wir freuen uns auf Sie!  
 Alexander Segert, Geschäftsführer  
 8400 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
 info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
 AG für Werbung und Public Relations  
 Wir wollen Ihren Erfolg

Überlassen Sie Kalkschutz und Korrosion nicht dem Zufall - damit Wasser **WASSER** bleibt.



SIROX Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14  
 www.sirox.ch info@sirox.ch

**Neu** 

**animaRex**  
 System für Lebenserfolg

[www.animarex.ch](http://www.animarex.ch)  
 Gratis-download

**INSERIEREN SIE  
 IM SVP-KLARTEXT**

Bis 15% Rabatt möglich.  
 Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer

**031 300 58 58**  
 oder per E-Mail an  
**klartext@svp.ch.**

Unsere Zeitung gibt es auch online auf **www.svp.ch**

**Klirrende Kälte in den USA und zugleich  
 mehr CO2 in der Atmosphäre,  
 milder Winter in der Schweiz mit weniger CO2!  
 Die Klima-Theorien sind Unsinn.**

[www.klima-schwindel.com](http://www.klima-schwindel.com) **IKLIS**, PF 56, 4011 Basel

**IMPRESSUM**

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlamentsdienste 3003 Bern, Peter Schaub, Gemeinsam für Sicherheit, VBS 3003 Bern.

# Ein voller Erfolg

Über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer trafen sich am 22. Februar 2014 zum 14. SVP-Jasscup in der Kaserne Reppischtal in Birmensdorf (ZH). Sie klopfen einen Jass mit Bundesrat Ueli Maurer, Parteipräsident Toni Brunner, Nationalrätin Andrea Geissbühler (BE), den Nationalräten Markus Hausammann (TG), Felix Müri (LU), Hans Egloff (ZH), Hansruedi Wandfluh (BE), Max Binder (ZH) und Hans Kaufmann (LU). Wir gratulieren der Siegerin Nelly von Wartburg aus Zürich, die starke 4338 Punkte erzielte.



*Bundesrat Ueli Maurer platzierte sich auf Platz 122 mit 3830 Punkten und freute sich über den Austausch mit den ausgelosten Spieler und Spielerinnen.*



*Gemütliche Jass-Atmosphäre in der Militärkaserne Reppischtal in Birmensdorf (ZH), wo über 350 Personen am Jass-Cup teilnahmen.*



*Ein reich bestückter Gabentisch steht für die Gewinner bereit. Für die Jasser, welche keinen Preis gewonnen haben, gab es ein kleines Präsent als Trostpflaster.*



*Parteipräsident Toni Brunner gratuliert der stolzen Gewinnerin, Nelly von Wartburg aus Zürich.*

# MITMACHEN



## BESTELLEN SIE

das Abstimmungsmaterial jetzt!

### Gripen-Material

- ..... F4-Plakate (89,5x128cm)
- ..... Hohlkammer-Plakate, wetterfest (70x100cm)
- ..... Kleinplakate (A3 = 29,7 cm x 42 cm)
- ..... Flyer (A5)

Name/Vorname .....

Strasse .....

PLZ/Ort .....

Kanton .....

Telefon .....

E-mail .....

Datum/Unterschrift .....

### Mindestlohn-Material

- ..... F4-Plakate (89,5x128cm)
- ..... Hohlkammer-Plakate, wetterfest (70x100cm)
- ..... Kleinplakate (A3 = 29,7 cm x 42 cm)
- ..... Flyer (A5)

### Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP  
Postfach 8252  
3001 Bern  
Telefon-Nr. 031 300 58 58  
Telefax-Nr. 031 300 58 59  
Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch)

